

Manfred Lohmann **Die**
Präsidentschafts-
wahlen in der Ukraine
vom 31. Oktober und
14. November 1999

Zum dritten Mal seit der Unabhängigkeit der Ukraine fanden Präsidentschaftswahlen statt: am 31. Oktober siegte der Amtsinhaber Kutschma gegen 14 weitere Kandidaten, am 14. November setzte sich Kutschma in der Stichwahl überzeugend gegen den Kommunistenchef Symonenko durch. Während des sechs Monate langen Wahlkampfes, in dem mit harten Bandagen gefochten wurde, war bis kurz vor dem ersten Wahltermin die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein gemeinsamer Kandidat der starken Linkskräfte - welche die anhaltende tiefe Wirtschaftskrise der Ukraine der Amtsführung Kutschmas und seiner Regierung anlasten - erfolgreich sein könnte. In diesem Bericht werden die Kandidaten und ihre Wahlprogramme, der Wahlkampfverlauf, die Rolle der Medien sowie die ersten Maßnahmen des alten und neuen Präsidents skizziert.

■ **Präsidentschaftswahlgesetz**

Das neue Präsidentschaftswahlgesetz wurde am 23. März 1999 vom Präsidenten – nach Überstimmung seines zuvor eingelegten Vetos durch das Parlament – unterschrieben. Demnach wird der Präsident für fünf Jahre gewählt und kann nur einmal wiedergewählt werden. Die Kandidaten können von politischen Parteien, Wahlblöcken oder von Wählerversammlungen mit mindestens 500 Wahlberechtigten aufgestellt werden.

Die Wahlkampagne beginnt 180 Tage vor dem Wahltermin. Die Wahlkommissionen werden auf Vorschlag der Parteien und von den Kandidaten, die von Wählerversammlungen nominiert wurden, zusammengesetzt.

Kandidaten müssen Staatsbürger der Ukraine sein, die letzten zehn Jahre in der Ukraine gelebt haben, die Staatssprache beherrschen und mindestens 35 Jahre alt sein. Um registriert zu werden, muß ein Kandidat mindestens eine Million Unterschriften sammeln und in der Zentralen Wahlkommission (ZWK) vorlegen.

Es werden 225 Wahlkreise mit über 33 000 Wahllokalen gebildet. Falls an der Wahl mehr als zwei Kandidaten teilnehmen und keiner von ihnen über 50 Prozent der Stimmen erhält, wird eine Stichwahl nicht später als 14 Tage nach dem ersten Wahlgang durchgeführt. Daran beteiligen sich nur die beiden Kandidaten, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Für den Sieger reicht eine einfache Mehrheit aus.

Jeder Präsidentschaftskandidat darf über einen persönlichen Wahlfonds verfügen. Gebildet wird dieser aus eigenen Mitteln, Zuwendungen politischer Parteien sowie Spenden natürlicher und juristischer Personen. Der einzelne Fonds ist begrenzt auf 100 000 Mindest-Monatslöhne (1,7 Millionen Griwna oder ca. 425 000 Dollar). Eine Spende darf 100 Mindest-Monatslöhne (1 700 Griwna) nicht überschreiten.

■ Die Kandidaten und ihre Wahlprogramme

Leonid Kutschma

Kutschma, 61, hatte 1994 seinen Vorgänger Leonid Krawtschuk gegen alle Voraussagen aus dem Amt gedrängt. Kutschma stand im Ruf, ein Mann Moskaus zu sein, was ihm großen Zuspruch unter den ca. elf Millionen ethnischen Russen sicherte, die vorwiegend im Osten und Süden des Landes leben. Befürchtungen, das Land würde unter ihm zerfallen, verschwanden jedoch bald. Kutschma begann als Präsident, Ukrainisch zu lernen, vergaß sein Versprechen, Russisch zur zweiten Staatssprache zu erklären, und setzte sich – zumindest anfänglich – für Wirtschaftsreformen ein.

Daher hatte er diesmal große Mühe, diesen prorussisch und eher links orientierten Teil der Bevölkerung erneut für sich zu gewinnen. Im national-ukrainisch gestimmten Westen hoffte er auf die Anerkennung seines Europakurses. Er empfahl sich den reformorientierten Kräften als der einzige Garant gegen „eine rote Revanche“ und gegen eine Rückkehr zur Sowjetideologie. Sein Wunschgegner war daher von vornherein der Kommunistenchef Symonenko.

Der langjährige Direktor der größten Raketenfabrik der Sowjetunion, Jushmasch, und Chef des Ukrainischen Industriellenverbandes verdankte seinen Sieg 1994 nicht zuletzt seinen Verbindungen zur Nomenklatura der ostukrainischen Kaderschmiede Dnipropetrowsk, welche er auch in seiner bisherigen Amtszeit weiter pflegte. In dem 1996 erschienenen Buch *The Dnipropetrovsk Family* finden sich Nachweise, daß 200 höchste Regierungsämter von einflußreichen Persönlichkeiten dieser mit 1,2 Millionen drittgrößten ukrainischen Stadt besetzt waren. Eine seither nicht abreißende Kette von Finanzskandalen

■ Kutschma, 61, hatte 1994 seinen Vorgänger Leonid Krawtschuk gegen alle Voraussagen aus dem Amt gedrängt. Kutschma stand im Ruf, ein Mann Moskaus zu sein, was ihm großen Zuspruch unter den ca. elf Millionen ethnischen Russen sicherte, die vorwiegend im Osten und Süden des Landes leben.

ist mit dem Dnipropetrowsker Clan verbunden: der frühere Premier Zwjagilskyj war nach Beschuldigungen wegen Korruption und Machtmißbrauch Anfang 1997 (nach zweijährigem Exil in Israel) in die Ukraine zurückgekehrt, obwohl das Parlament seine Immunität aufgehoben hatte. Als Kutschma Präsident wurde, nannte er Zwjagilskyj „einen Kriminellen“. In der Parlamentswahl 1998 wurde dieser jedoch wieder ins Parlament gewählt und alsbald Mitglied der Demokratischen Volkspartei, die als Hauptstütze Kutschmas im Parlament gilt.

Ende 1996 wurde Tabachnyk als Chef der Präsidentschaftsverwaltung nach Medienkritik wegen Amtsmißbrauch und Bereicherung entlassen. Innerhalb eines Jahres fand er sich aber als Präsidentenberater bereits wieder im Amt und sitzt ebenfalls im Parlament.

Kutschmas umstrittenste Ernennung war jedoch diejenige von Pawlo Lasarenko zum Premier im Mai 1996. Dieser sitzt seit Monaten in amerikanischer Auslieferungshaft aufgrund von Anklagen über Geldwäsche in Höhe von mindestens 72 Millionen Dollar aus illegalen Geschäften während seiner Amtszeit. Ferner halten sich ähnliche Gerüchte über Innenminister Krawtschenko; gegen Kutschmas Wahlkampffinanzier Wolkow wird in Belgien wegen Geldwäsche ermittelt.

Kutschma unterhielt drei Wahlkampfstäbe: der Oligarch und Abgeordnete Wolkow (Mitglied der Fraktion „Wiedergeburt der Regionen“) akkumulierte nach Medienangaben unter dem Dach des Social Protection Fonds zwischen 1,5 und zwei Milliarden Griwna. Er kontrolliert mehrere Fernsehkanäle (UT-1, ICTV, Gravis). Das Parlament setzte im September einen ad hoc-Untersuchungsausschuß über illegale Konten im Ausland ein, der v.a. gegen Wolkow erhobene Geldwäsche-Anschuldigungen von belgischer Seite aufklären wollte.

Zweites Wahlkampfzentrum war die Organisation Zlahoda (Eintracht) unter Führung des Premiers Pustowojtenko mit dem Auftrag, eine Massenbasis für den Präsidenten zu schaffen. Der Finanzierung von Kutschmas Wahlkampagne sollte auch die offizielle Begünstigung von Handels- und Industriegruppen wie dem Slawutysh-Konzern und der Ukrainischen Kreditbank (kontrolliert von den einflußreichen Mit-

■ Kutschmas umstrittenste Ernennung war diejenige von Pawlo Lasarenko zum Premier im Mai 1996. Dieser sitzt seit Monaten in amerikanischer Auslieferungshaft aufgrund von Anklagen über Geldwäsche in Höhe von mindestens 72 Millionen Dollar aus illegalen Geschäften während seiner Amtszeit.

gliedern der sozialdemokratischen Fraktion Surkis und Medwedtschuk) dienen.

Das dritte Hauptquartier wurde von dem Abgeordneten und Oligarchen Viktor Pintschuk koordiniert, der eine Gruppe Moskauer PR-Experten einstellte, die schon den Wahlkampf Jelzins gesteuert hatten. Von dieser PR-Gruppe stammte auch der schon bei Jelzins Kampagne erfolgreiche Slogan, gegen die „rote Gefahr“ zu kämpfen und damit die Kommunisten zu neutralisieren. Zusätzlich zu diesen drei Wahlkampfzentren, deren Aktionen jedoch nach Medienberichten häufig unkoordiniert miteinander verliefen, konnte sich Kutschma auf seinen bewährten Pressereferenten Martynenko stützen.

Kutschmas Wahlplattform

Die Wahlplattform Kutschmas unterschied sich wenig von seinem im Oktober 1994 angekündigten „strategischen Reformprogramm“. Damals versprach er Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Doch ist daraus nicht viel geworden. Keines der politischen Attentate – die spektakulärsten waren der Anschlag auf Premier Lasarenko im Juli 1996 sowie der Mord an dem früheren Nationalbankchef Hetman im April 1998 – wurde aufgeklärt. Wie 1994 versprach Kutschma eine beschleunigte Privatisierung (sie soll dem Haushalt 2000 2,5 Milliarden Griwna aus dem Verkauf von 37 ‚strategischen Unternehmen‘ einschließlich der staatlichen Ukrtelekom einbringen), eine unternehmensfördernde Reform der Steuerpolitik sowie günstigere Bedingungen für ausländische Investoren. Kutschma will auch weiterhin mit dem IWF zusammenarbeiten, da die Ukraine nirgendwo sonst günstigere Kredite erhalte. Gleichzeitig will er aber auch über die Umstrukturierung der hohen Auslandsschulden verhandeln. Diese betragen inzwischen über zwölf Milliarden Dollar, d.h. ein Drittel des für 1999 erwarteten BIP.

Ob Kutschma mit diesem Programm die kontinuierlich gesunkene Produktion anheben, die Einkommen erhöhen und die extrem hohe Auslands- wie Binnenmarkt-Verschuldung abbauen kann, wurde nicht nur von seinen Kontrahenten, sondern auch von der großen Mehrheit der politischen Beobachter in Kiew angesichts der Bilanz seiner ersten Amtspe-

■ Die Wahlplattform Kutschmas unterschied sich wenig von seinem im Oktober 1994 angekündigten „strategischen Reformprogramm“. Damals versprach er Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Doch ist daraus nicht viel geworden.

riode bezweifelt. Der *Eastern Economist* schrieb kurz vor der Wahl: „Die vergangenen fünf Jahre haben gezeigt, daß der amtierende Präsident Reformen nur dann beginnt, wenn eine IWF-Mission nach Kiew kommt, um über weitere Kredite für die Ukraine zu entscheiden.“ An diesem Eindruck haben auch die über 80 Wirtschaftsdekrete im Mai und Juni d.J. nichts geändert, die Kutschma vor Ablauf der in der Verfassung vorgesehenen Übergangsfrist noch erlassen hat.

Immer wieder machte der Präsident das von linken Kräften beherrschte Parlament für die anhaltende sozioökonomische Krise verantwortlich. Das gespannte Verhältnis zwischen dem Staatsoberhaupt und den im März 1998 gewählten Abgeordneten unterstrichen u.a. ein gescheitertes Amtsenthebungsverfahren wie auch (ebenfalls gescheiterte) Mißtrauensvoten gegen die Regierung unter Premier Pustowojtenko. Eine immer wieder angemahnte Verschlankung des aufgeblähten Regierungsapparates wäre aber bei entsprechendem Reformwillen auch ohne die Zustimmung der Abgeordneten möglich gewesen.

In Kiew ist der Eindruck vorherrschend, daß einflußreiche Berater in seinem Umfeld – darunter viele Finanzoligarchen und Magnaten – ihren angesammelten Reichtum mit dem Reformstillstand und der Stützung des gegenüber Kutschma loyalen Staatsapparates sichern wollten. Das angekündigte Referendum über die Bildung eines Zwei-Kammern-Parlaments soll wohl auch diesem Ziele dienen, da die zweite Kammer aus vom Präsidenten ernannten Vertretern der Regionen gebildet werden soll.

Die eigentlichen Erfolge Kutschmas liegen eher in der Außenpolitik: Er verfolgte eine Doppelstrategie der Annäherung an den Westen und des Ausgleichs mit Rußland. Diese Strategie führte im Jahre 1997 zur Unterzeichnung nicht nur der NATO-Ukraine – Charta, sondern auch des ukrainisch-russischen Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit, wobei auch eine Lösung der besonders delikaten Frage der Aufteilung der Schwarzmeerflotte erreicht wurde. Auch mit anderen Nachbarstaaten wurden Grenzabkommen bzw. Freundschaftsverträge abgeschlossen, insbesondere mit Polen, welches immer mehr als Makler der ukrainischen Interessen im Westen auftritt. Dennoch läßt die offiziell „Multi-

■ Die eigentlichen Erfolge Kutschmas liegen in der Außenpolitik: Er verfolgte eine Doppelstrategie der Annäherung an den Westen und des Ausgleichs mit Rußland.

vektorpolitik“ genannte außenpolitische Strategie einen klaren Kurs vermissen. Kutschma schließt zwar eine ostslawische „Bruderunion“ mit Rußland und Weißrußland aus, äußert sich aber auch mehrdeutig zur NATO.

Petro Symonenko

Symonenko, 47, personifiziert den typischen Parteiapparatschik alten Stils. Er begann seine Parteikarriere im Komsomol im Alter von 23 Jahren und brachte es bis zum Spitzenfunktionär. Mit 36 war er bereits Parteisekretär in Mariupol, der zweitgrößten Stadt in der bevölkerungsstarken Region Donezk. Nach Neugründung der Kommunistischen Partei der Ukraine wurde er im Oktober 1993 erster Sekretär des Zentralkomitees, vertrat ab 1994 Donezk im Parlament und führte dort die kommunistische Fraktion mit 82 Abgeordneten an. Bei der Parlamentswahl vom 29. 3. 98 wurde die Kommunistische Partei mit 24,65 Prozent der Stimmen und 122 Sitzen stärkste Partei. Symonenko wurde erneut Fraktionschef.

Symonenko ist rhetorisch nicht nur unbegabt und ohne Charisma, sondern lehnt auch jeglichen Kontakt mit den Medien ab. Alle Anfragen läßt er an seine Fraktion bzw. an sein Zentralkomitee weiterleiten. Er war auch keineswegs die erste Wahl seiner Partei, sondern trat erst an, als ein anderer Parteiführer, Borys Olijnyk, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, abgelehnt hatte. Er ist jedoch in der glücklichen Lage, über die einzige im ganzen Lande funktionierende Partei mit guter, aus Sowjetzeiten überkommener Infrastruktur zu verfügen. Er bzw. seine Parteiführung waren von vornherein entschlossen, auf jegliche Wahlabsprachen mit anderen Kandidaten zu verzichten und sich auf die traditionelle Anhängerschaft (v.a. Rentner/Pensionäre, ältere Arbeiter und Arbeitslose) zu konzentrieren.

Symonenkos Wahlplattform

Symonenko verkündete als seine erste Aufgabe, die Privatisierung zu suspendieren, um sich mit denjenigen Clans zu beschäftigen, die illegal Besitzer nationalen Eigentums geworden sind. Großunternehmen mußten unmittelbar in Staatsbesitz überführt wer-

■ Symonenko, 47, personifiziert den typischen Parteiapparatschik alten Stils. Er begann seine Parteikarriere im Komsomol im Alter von 23 Jahren und brachte es bis zum Spitzenfunktionär.

den, mittlere Unternehmen später. Ähnlich der Lenin'schen Neuen Ökonomischen Politik von 1921 könnten nur kleinere Unternehmen in Privateigentum verbleiben. Steuervergünstigungen für ausländische Investoren würden aufgehoben. Jede Investition müsse danach beurteilt werden, ob sie der sozialistischen Ukraine einen wirklichen Vorteil bringe. Handelsbanken würden bei eventuellen Regelverstößen nationalisiert werden. Kurzum, Kommunisten sollen Kapitalisten beibringen, wie man zu Geld kommt.

Symonenko will ferner das Ukraine-IWF Memorandum überprüfen lassen, da „ausländische Freimaurer das ukrainische Volk ausrauben und eine destruktive kapitalistische Wirtschaftsordnung betreiben“. Energieträger und Schwerindustrie sollen zu Staatsmonopolen werden, ebenso der Alkohol- und Tabakhandel. Der Umlauf ausländischer Währungen soll verboten werden. Russisch soll den Status einer offiziellen Staatssprache erhalten.

Die Außenpolitik soll sich ausschließlich an nationalen Interessen orientieren, wobei Symonenko eine „slawische Bruderunion“ mit Rußland und Weißrußland eingehen will (jedoch erst, wenn der russische Kommunistenchef Sjuganow an die Macht kommt). Die Ukraine soll ein bündnisfreier und friedlicher Staat bleiben und auf jegliche Weiterverbreitung von ABC-Waffen verzichten. Man müsse alle internationalen Initiativen unterstützen, die die Entwicklung einer Supermacht verhindern könnten. Die Ukraine sollte auf keinen Fall der NATO beitreten.

Mit diesem Programm konnte Symonenko sicher sein, daß er von der Mehrheit der jungen Generation, der Intelligenzschicht und denjenigen, die weniger erfreuliche Erinnerungen an die Sowjetzeit haben, auf keinen Fall gewählt wurde.

Olexandr Moros

Moros, 54, leitet die von ihm 1991 gegründete Sozialistische Partei und sitzt seit 1990 im Parlament. 1994 bis 1998 war er Parlamentspräsident. Derzeit leitet Moros den Parlamentsausschuß für Agrarpolitik und Grundeigentum. Im Unterschied zu Symonenko oder Witrenko gilt er nicht als orthodoxer Marxist. Sein ‚sanfter‘ Sozialismus westlicher Art machte ihn auch im zentristischen Bereich des politischen Spek-

■ Moros, 54, leitet die von ihm 1991 gegründete Sozialistische Partei und sitzt seit 1990 im Parlament. 1994 bis 1998 war er Parlamentspräsident. Derzeit leitet Moros den Parlamentsausschuß für Agrarpolitik und Grundeigentum.

trums populär. Er nahm an der Präsidentschaftswahl 1994 teil und erreichte mit 13,04 Prozent den dritten Platz nach Kutschma und Krawtschuk. Auch diesmal wurde er mit 11,29 Prozent Dritter.

Die Beziehungen zwischen Moros und Kutschma sind vor dem Hintergrund des Dauerkonflikts zwischen Exekutive und Legislative gespannt. Dennoch war Moros der Hauptarchitekt bei der Mehrheitsbeschaffung im Parlament für die neue Verfassung von 1996 und weitere vom Präsidenten vorgeschlagene Gesetze. Hierdurch und durch seine Bereitschaft, im Falle seines Sieges mit dem IWF zusammenzuarbeiten, geriet er in Gegensatz zu den Kommunisten und Progressiven Sozialisten.

Im vergangenen Jahr entwickelte Moros engere Beziehungen zum Hromada-Chef Pawlo Lasarenko, von dem er offenbar finanzielle Unterstützung für seine Wahlkampagne erwartete. Nach der Flucht Lasarenkos in die USA rückte Moros auf Distanz. Doch im Februar 1999 stimmte er mit vier weiteren Abgeordneten gegen die Aufhebung der Immunität des skandalumwitterten Ex-Premiers.

Die Wahlplattform von Moros war eine Mischung von sozialistischen und sozialdemokratischen Elementen. Er plädiert für eine moderne Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht, Begrenzung der Privatisierung auf Kleinunternehmen, für Einführung strenger Kontrolle über den Devisenverkehr bei Exportgeschäften, gegen „Steuerterror“ und für die Aufhebung von Steuervergünstigungen, die als „Instrument zur Bereicherung präsidentennaher Clans dienen“ und für den Schutz des Binnenmarkts „vor der Invasion ausländischer Produkte“. Moros ist dagegen, Land und Boden als Ware zu behandeln.

Im sozialen Bereich sollte die soziale Sicherung, die in der Sowjetzeit bestand, mit „kreativer Initiative der arbeitenden Menschen“ verbunden werden. Kostenlose Gesundheitsversorgung, Privilegien für Veteranen und Studenten und staatliche Arbeitsvermittlung sollen garantiert werden.

Moros fühlte sich im Wahlkampf vor allem durch Mangel an Finanzen und die „Informationsblockade“ durch das Präsidentschaftsamt behindert. Als gemeinsamer Kandidat der Linken und des linken Zentrums in der Stichwahl hätte er nach Einschätzung der meisten Beobachter Kutschma gefährlich werden können.

Am 11. November kündigte Moros eine Klage beim Obersten Gericht gegen die ZWK wegen Untätigkeit gegenüber Wahlkampfbeschwerden an. Wahlkampfshelfer der Sozialistischen Partei haben angeblich 3000 Verletzungen der Wahlkampfverstöße durch den Präsidentenapparat festgestellt.

Natalija Witrenko

■ **Witrenko, 48, die Chefin der ultrasozialistischen Progressiven Sozialistischen Partei (PSP), war als einzige Frau unter 15 Kandidaten die schillerndste Figur. Sie galt zwar nicht gerade als politisches Schwergewicht, verstand es aber mit eingängigen Parolen, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Schichten zu begeistern.**

Witrenko, 48, die Chefin der ultrasozialistischen Progressiven Sozialistischen Partei (PSP), war als einzige Frau unter 15 Kandidaten die schillerndste Figur. Sie galt zwar nicht gerade als politisches Schwergewicht, verstand es aber mit eingängigen Parolen, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Schichten zu begeistern. Obwohl in harter Opposition zum Präsidenten, hatte sie im Frühjahr für die Annahme des Haushalts gestimmt.

Es war in Kiew ein offenes Geheimnis, daß sie vom Apparat des Präsidenten protegirt wurde, weil dieser sie als nütliches Gegengewicht zu den Ambitionen von Moros sah, als dessen erbitterte Gegnerin sie gilt. In Wahlumfragen führte sie noch im Sommer vor Kutschma und lag bis kurz vor der Wahl immer noch an zweiter Stelle mit 15 bis 20 Prozent. Sogar bei der Unterschriftensammlung für sie soll der Apparat des Präsidenten seine Finger im Spiel gehabt haben. Ferner gab es Gerüchte, daß sie Unterstützung von dem umstrittenen Finanzoligarchen Rabinowitsch und dem nicht minder umstrittenen Präsidentenberater Wolkow erhalten habe. Gegenüber der ZWK gab sie lediglich 600 000 Griwna als Wahlkampfkosten an.

Ihre populistischen Parolen richteten sich gegen die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstituten, wobei sie insbesondere der „faschistischen Politik des Internationalen Währungsfonds“ ein Ende setzen wollte. Im Falle ihres Wahlsiegs sollten Arbeitskollektive die eigentliche Macht ausüben. Die Privatisierung sollte gestoppt und alle „strategisch wichtigen“ Unternehmen wieder unter Staatsregie gebracht werden. Frau Witrenko will eine sowjetsozialistische Ukraine aufbauen, die unabhängig sowohl von Rußland wie auch vom Westen ist. Eine staatliche Regulierung der Wirtschaft und ein Staatsmonopol für Außenhandel sind Schwerpunkte ihres Programms, weiterhin Steuerreduzierung für einhei-

mische Produzenten, aber hohe Luxussteuern. Außenpolitisch liegt der Schwerpunkt auf stärkerer Integration in die GUS und Reduzierung der Kontakte mit dem Westen und der NATO.

Jewhen Martschuk

Martschuk, 58, konnte auf eine 22jährige Karriere im KGB zurückblicken, bevor er den ukrainischen Geheimdienst SBU nach der Unabhängigkeit 1991 bis 1994 organisierte. 1995 berief ihn Kutschma zum Ministerpräsidenten, doch entließ er ihn ein Jahr später, da er in ihm einen politischen Konkurrenten sah. Im letzten Parlament leitete Martschuk die Fraktion „Sozial-marktwirtschaftliche Wahl“ und kam im März 1998 erneut ins Parlament, auf der Liste der (vereinigten) Sozialdemokratischen Partei, wurde aber nicht deren Mitglied. Nach dem enttäuschenden Ergebnis (vier Prozent) trennte sich die von den finanzstarken Politikern Surkis und Medwedtschuk dominierte Partei von Martschuk.

Eine Reihe kleinerer sozial-demokratischer und national orientierter Parteien gründeten eine Bewegung „Ins 21. Jahrhundert mit Martschuk“ und versuchten ihn als westlich orientierten Sozialdemokraten aufzubauen, sozusagen als konsequenteren Kutschma. Er beschreibt sich selber als „ruhige Kraft mit einer starken Hand“ und wollte mit einer Law-and Order-Politik insbesondere die Korruption bekämpfen. Im Wahlbündnis von Kanew sollte Martschuk v.a. Wähler aus dem Zentrum und im Westen gegen Kutschma mobilisieren. Dieses Bündnis scheiterte nicht zuletzt an unterschiedlichen Standpunkten über die künftige Gestaltung der Beziehungen mit Rußland und der GUS.

Martschuk beschuldigte in der ihm nahestehenden Zeitung *Denj* den Präsidenten, ein oligarchisches Clan-System zu errichten, welches das Land ruiniere. Entsprechend hatte die Beseitigung von Clans und mafiösen Strukturen Vorrang in seiner Wahlplattform. Die Schattenwirtschaft sollte durch eine flexiblere Steuerpolitik und weitere Anreizsysteme in die Legalität zurückgeführt werden. Bezüglich der Privatisierung müsse zunächst die Legalität der Übernahmen früherer Staatsbetriebe geprüft werden, bevor dieser Prozeß weitergehe. Eher sozialistische Töne schlug er mit dem vorgeschlagenen Staatsmo-

■ Martschuk, 58, konnte auf eine 22j hrige Karriere im KGB zur ckblicken, bevor er den ukrainischen Geheimdienst SBU nach der Unabh ngigkeit 1991 bis 1994 organisierte. 1995 berief ihn Kutschma zum Ministerpr sidenten, doch entließ er ihn ein Jahr sp ter, da er in ihm einen politischen Konkurrenten sah.

nopol über Tabak und Alkohol an. Martschuk wollte die Zusammenarbeit mit dem IWF weiterführen, doch müßten die Konditionen neu verhandelt werden. Er sieht ein großes Potential in der geographischen Lage der Ukraine, die eine Brücke zwischen Rußland und dem Westen darstelle. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit Moskau sollten vertieft werden, doch erklärte sich Martschuk gegen jede Art einer „slawischen Union“.

■ Die anderen Kandidaten

Zweimal Rukh:

Jurij Kostenko und Hennadij Udowenko

Diese beide Kandidaten der seit dem Tod des charismatischen Rukh-Chefs Tschornowil im Frühjahr gespaltenen Rukh repräsentierten das ‚rechte Spektrum‘ bei dieser Wahl. Unter Tschornowil war Rukh der Dachverband früherer Dissidenten und Hauptmotor der Unabhängigkeitsbewegung gewesen. 1990 hatte Rukh noch 28 Prozent der Wählerstimmen erhalten.

Kostenko, 48, war von 1992 bis 1998 Umweltminister und führt nach der Spaltung die größere Rukh-Fraktion im Parlament mit 30 Abgeordneten an. Kostenkos Differenzen mit Udowenko liegen v.a. in dessen ‚Nähe‘ zum Präsidenten. Ferner beschuldigte er Udowenko, mit Hintergrundinformationen über den Unfalltod Tschornowils (als Augenzeuge) zurückzuhalten. Kostenko kündigte im Falle seines Wahlsieges ein Kabinett der jüngeren Generation an. Vorrangig sei eine Verwaltungs- und Steuerreform mit Senkung der Mehrwertsteuer auf zehn Prozent. Der Binnenmarkt und die einheimischen Produzenten müßten geschützt werden, Grund und Boden könnten – für ukrainische Staatsbürger – privatisiert werden. Er versprach eine Rentenerhöhung und eine baldige Tilgung der Lohn- und Rentenrückstände. Die Hochschulausbildung solle weiterhin kostenlos sein. Er trat für die beschleunigte Rückführung von Kirchengut ein. Die Ukraine müsse über die EU und NATO an europäische und internationale Strukturen herangeführt werden, aber auch nachbarliche Beziehungen mit Rußland pflegen.

■ Kostenko, 48, war von 1992 bis 1998 Umweltminister und führt nach der Spaltung die größere Rukh-Fraktion im Parlament mit 30 Abgeordneten an.

Udowenko, 68, kann auf eine lange diplomatische Karriere in der Sowjetunion zurückblicken. Nach der Unabhängigkeit war er zunächst Botschafter in Polen, dann Außenminister und zuletzt Präsident der UN-Vollversammlung. 1998 wurde er auf der Rukh-Liste ins Parlament gewählt. Nach der Spaltung der Partei und dem Tod Tschornowils wurde der von ihm geführte Flügel (mit der kleineren Rukh-Fraktion von 15 Abgeordneten) vom Justizministerium als rechtmäßige Rukh-Partei anerkannt, was nicht ganz ohne Einflußnahme des Präsidenten abgelaufen sein soll. Seine Wahlplattform unterschied sich wenig von derjenigen seines Rukh-Kollegen Kostenko. Trotz Unterstützung durch die einflußreiche Partei ‚Reformen und Ordnung‘ (mit eigener Fraktion im Parlament) kam Udowenko nur auf 1,22 Prozent der Wählerstimmen.

Beide Rukh-Kandidaten standen bei dieser Wahl auf aussichtslosen Posten. Offenbar ging es den beiden eher darum, den Grad ihrer Unterstützung in der Bevölkerung zu testen. Aus ihrem kläglichen Abschneiden haben beide die einzig richtige Konsequenz gezogen und wollen demnächst einen Kongreß zur Überwindung der Parteispaltung durchführen.

Wassyl Onopenko, 50, hat in vier Jahren bereits vier politische Parteien durchlaufen. Mit Hilfe seiner (vereinigten) Sozialdemokratischen Partei waren politische Schwergewichte wie Martschuk und Krawtschuk sowie Magnaten wie Surkis und Medwedtschuk im März 1998 ins Parlament gewählt worden, haben aber nach seiner Ansicht die Partei für ihre eigenen Interessen mißbraucht. Er gründete danach eine neue Ukrainische Sozialdemokratische Partei, von deren Aktivitäten bisher wenig zu vernehmen war. Seine Allianz mit Kostenko machte seine eigene Kandidatur vollends aussichtslos. Er versuchte sich als Anwalt der ‚kleinen Leute‘ ins Gespräch zu bringen, besonders derjenigen nach Millionen Zählenden, die ihre Ersparnisse in betrügerische Finanztrusts eingezahlt und verloren hatten.

Olexandr Rzhavskij, 40, Vorsitzender der Vereinigung „Eine Familie“ war der reichste Kandidat mit einem gegenüber der ZWK angegebenen Jahreseinkommen von 1,3 Millionen Griwna. Neben einem populistischen Programm, das die Rückgabe von

■ Udowenko, 68, kann auf eine lange diplomatische Karriere in der Sowjetunion zurückblicken. Nach der Unabhängigkeit war er zunächst Botschafter in Polen, dann Außenminister und zuletzt Präsident der UN-Vollversammlung.

■ Jurij Karmasin, 42, ist Vorsitzender des Parlamentsausschusses für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption. Er erhielt diese Position durch Vermittlung des Hromada-Chefs Lasarenko, bevor dieser sich in die USA absetzte.

Atomwaffen an die Ukraine und eine höhere Geburtenrate forderte, wies er auf seinen Besitz von 14 Firmen und einer Bank hin. Wenn er zum Präsidenten gewählt würde, wisse er also, wie jedermann reich werden könne.

Jurij Karmasin, 42, ist Vorsitzender des Parlamentsausschusses für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption. Er erhielt diese Position durch Vermittlung des Hromada-Chefs Lasarenko, bevor dieser sich in die USA absetzte. Karmasin war nicht in der Lage, die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Lasarenko abzuwenden.

Karmasin versprach während der Wahlkampagne, „schockierende Informationen“ u.a. über Manipulationen der Präsidentenberater Wolkow und Pintschuk an die Öffentlichkeit zu geben. Doch wartete die Öffentlichkeit vergebens.

Vitaly Kononov, 49, ist Vorsitzender der Partei der Grünen und wollte seinen Wahlkampf wohl vorwiegend zur Propagierung der ‚Grünen Bewegung‘ betreiben. Da aber auch hierfür die Finanzmittel nicht ausreichten – der umstrittene Magnat Rabinowitsch, Finanzier seiner Partei vom März 1998, bekam selber Probleme mit der Präsidentschaftsverwaltung –, beschränkte sich Kononov auf Popkonzerte und die Verbreitung von Visionen für eine umweltfreundlichere und atomfreie Ukraine.

Olexandr Basyljuk, 57, ist Vorsitzender der Slawischen Partei und der „Vereinigung Orthodoxer Christen“. Hauptinhalt seines Wahlprogramms war die Erhebung des Russischen zur Staatssprache und der Interessenschutz der russischsprachigen Bevölkerung.

Nikolaj Haber, 39, gründete zum Auftakt der Wahlkampagne die Patriotische Partei der Ukraine. Er wurde über die Progressive Sozialistische Partei ins Parlament gewählt, zerstritt sich aber alsbald mit der Parteiführerin Witrenko und wechselte zur Hromada-Fraktion über. Witrenko beschuldigte ihn, hierfür von Lasarenko 50 000 Dollar erhalten zu haben. Habers Wahlprogramm versprach eine blühende Ukraine innerhalb von fünf Jahren, ohne auf weitere Details einzugehen.

■ Wahlb ndnisse

Der Erfolg des amtierenden Präsidenten ist vor allem auf das Scheitern der Anti-Kutschma-Koalition von Kanew zurückzuführen. Am 24. August hatten vier Gegenkandidaten – Moros, Martschuk, Tkatschenko und Olijnyk – in der Stadt Kanew am symbolischen Begräbnisort des ukrainischen Nationaldichters Schewtschenko eine Erklärung über ihre Zusammenarbeit in der Wahlkampagne abgegeben. In einem Appell an die Wähler versprachen sie, bis Mitte Oktober einen gemeinsamen Kandidaten vorzuschlagen, damit dieser bereits in der ersten Runde eine überwiegende Stimmenmehrheit erhalte. Der Termin für dessen Kür wurde aber immer wieder verschoben. Am 26. Oktober erklärte Moros überraschend, er werde auf jeden Fall an der Wahl teilnehmen. Tkatschenko und Olijnyk wollten inzwischen Martschuk unterstützen. Am 27. Oktober zog aber Tkatschenko seine Kandidatur zugunsten von Symonenko und Olijnyk die seinige zugunsten von Martschuk zurück.

So entstand vier Tage vor der Wahl noch ein linkes Bündnis der KPU (Symonenko) und der Bauernpartei (Tkatschenko). Nach Schätzung von Symonenko hat er damit etwa fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten.

Die „Vier von Kanew“ erzeugten zwar einen mächtigen Medienwirbel. Die Wähler fühlten sich aber durch das endlose Lavieren an der Nase herumgeführt. Die Quittung war ein Ergebnis unter 20 Prozent für die verbliebenen Einzelkämpfer Moros und Martschuk.

Eine nicht unwichtige Rolle im Wahlkampf Kutschmas spielte der Wahlblock „Unsere Wahl – Leonid Kutschma“. Ihm gehören ca. 20 Parteien an, die angeblich 800 000 Mitglieder vereinigen. Hierzu zählen unter anderem die Demokratische Volkspartei der Ukraine, die Liberale Partei, die Demokratische Union, der Interregionale Reformblock, die Republikanische Christliche Partei, die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte), die Ukrainische Nationale Konservative Partei sowie die Christdemokratische Partei der Ukraine.

Es kam im zerstrittenen zentristischen bzw. rechten Spektrum bezeichnenderweise zu keiner wirk-

■ Der Erfolg des amtierenden Pr sidenten ist vor allem auf das Scheitern der Anti-Kutschma-Koalition von Kanew zur ckzuf hren.

samen Wahlabsprache. Die Partei „Reformen und Ordnung“ mit dem ehemaligen Vizepremier Viktor Pynsenyk an der Spitze bildete ein Wahlbündnis mit dem offiziellen Flügel von Rukh und dessen Chef Udowenko als gemeinsamen Kandidaten. Er erhielt lediglich 1,22 Prozent der Wählerstimmen.

Im August wurde eine Wahlkampfvereinbarung zwischen den Kandidaten Kostenko und Onopenko unterschrieben. Sie wollten einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen und riefen andere national-demokratische Organisationen auf, sie zu unterstützen. Doch schloß sich ihnen kein weiterer Kandidat an. Kurz vor der ersten Wahlrunde löste sich auch dieses Bündnis auf.

Kutschma wurde bei der Stichwahl von Martschuk und Udowenko unterstützt. Martschuk wurde inzwischen am 10. November vom Präsidenten zum Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung ernannt. Kostenko bot dem Präsidenten seine Unterstützung an, wenn er definitiv zusage, die nationalen Interessen der Ukraine und nicht die von Rußland durchzusetzen, das Land in die europäischen Strukturen zu integrieren und glaubhaft gegen Amtsmißbrauch und Korruption vorzugehen. Kutschma zeigte hierauf jedoch keine Reaktion. Symonenko wurde bei der Stichwahl am 14. November von Moros, Tkatschenko, Olijnyk, Basyljuk, Haber und Karmasin unterstützt.

■ Der Wahlkampf in den Medien

■ Jeder der 15 an der Wahl beteiligten Präsidentschaftskandidaten war entweder Vorsitzender oder Vorstandsmitglied einer politischen Partei. Im Zuge der Wahlkampagne wurden Publikationen der Parteien zu Sprachrohren ihrer Kandidaten.

Jeder der 15 an der Wahl beteiligten Präsidentschaftskandidaten war entweder Vorsitzender oder Vorstandsmitglied einer politischen Partei. Im Zuge der Wahlkampagne wurden Publikationen der Parteien zu Sprachrohren ihrer Kandidaten.

Laut Umfragen lesen lediglich 18 Prozent der Ukrainer regelmäßig Zeitungen. Um alle Wähler zu motivieren, mußten die Kandidaten das Fernsehen nutzen. Sendezeit ist in der Ukraine teuer: Ein 30-Sekunden-Spot kostet z.B. auf dem Kanal Inter je nach Sendezeit 125 bis 1000 Dollar.

Die meisten Fernsehkanäle werden in der Ukraine von Business- und Finanzclans kontrolliert, die den Wahlkampf der ihnen nahestehenden Kandidaten unterstützten.

Der Fernsehsender STB konnte als einziger ohne Einfluß der Exekutive agieren – bis am 26. August sein Bankkonto eingefroren wurde. Als offizielle Erklärung wurden Probleme mit der Steueradministration angegeben. Beobachter erklären den Vorgang damit, daß STB als einziger Sender die Parlaments-sitzungen in seinem Programm ausstrahlte. Für die Exekutive war diese Möglichkeit zur Selbstdarstellung des Parlamentspräsidenten Tkatschenko – als einer der gewichtigen Kandidaten gegen Kutschma bis zu einem Ausscheiden am 27. Oktober – ein Ärgernis.

Ebenso wurden in der Ukraine die Printmedien beeinflußt. Für Kutschma warben *Fakty* (Auflage 1 652 654), *Urjadowyj Kurjer* (Regierungskurier, Auflage 165 000) und *Segodnja* (Heute, Auflage 176 911); für Tkatschenko, der gleichzeitig an der Spitze der Bauernpartei steht – die ehemalige Kolchoszeitung *Silski Wisti* (Ländliche Nachrichten, Auflage 320 000). Der einstige Premier und KGB-Chef Jewhen Martshuk kontrolliert die Tagesschrift *Denj*, (Der Tag, Auflage 108 000). Die Parlamentszeitung *Golos Ukrainy* (Stimme der Ukraine, Auflage 236 624) warb für Tkatschenko und kritisierte Kutschma. Der Konflikt zwischen Exekutive und Legislative führte zur Suspendierung der Live-Übertragung von Parlaments-sitzungen im Hörfunk. Wegen angeblicher Steuer-verfehlungen bzw. Lizenzprobleme wurden vier Fernsehanstalten auf der Krim geschlossen.

Der Nationalrat für Fernsehen und Hörfunk hat vom 18. August bis zum 30. Oktober 1999 ein Monitoring der nationalen TV-Sender UT-1, UT-2 (Kanal 1+1) und UT-3 (Inter) durchgeführt. Insgesamt wurden 1895 Beiträge analysiert, die Informationen über die Wahl und Präsidentschaftskandidaten enthielten. Darin wurde am häufigsten (darunter 949 mal positiv) Kutschma dargestellt. Eher kritisch wurden vor allem Tkatschenko (149 mal) und Moros (148 mal) erwähnt. In 217 Beiträgen wurde laut dem Nationalrat das Wahlgesetz durch Wähler beeinflussende Aussagen von Beamten verletzt.

Im Medienwahlkampf gab es auch Pressefälschungen. Mitte Oktober wurde in Kiew eine gefälschte Ausgabe von *Fakty* verbreitet, in der negative Artikel über Kutschma veröffentlicht wurden. In Luzk wurden gefälschte Nummern von *Silski*

Wisti gedruckt, worin Martschuk, Moros und Tkatschenko kritisiert wurden. Noch am 31. Oktober wurden „Sonderausgaben“ der Parlamentszeitung in Donezk verbreitet: sie enthielten Todesmeldungen über Kutschma und Symonenko.

Das Europäische Institut für Massenmedien hat die Berichterstattung zur zweiten Wahlrunde im Fernsehen analysiert. In UT-1 wurden Kutschma insgesamt sechs Stunden gewidmet, Symonenko dagegen nur eine Stunde. Alle 91 Meldungen über Kutschma waren positiv, alle 35 über Symonenko negativ. Der Kanal 1+1 berichtete in 57 Prozent der Wahlsendungen über Kutschma und 17 Prozent über Symonenko. Ähnlich auch der Sender Inter.

■ **Wahlverlauf**

Es gab ca. 37,5 Millionen Wahlberechtigte, ca. 100 000 Mitarbeiter der Wahlkommissionen und über 33 000 Wahllokale in 225 Wahlkreisen. Über 15 000 einheimische und 543 ausländische Wahlbeobachter waren registriert.

■ **Während des gesamten Wahlkampfs haben in- und ausländische Beobachter Verstöße gegen das Wahlgesetz registriert.**

Während des gesamten Wahlkampfs haben in- und ausländische Beobachter Verstöße gegen das Wahlgesetz registriert. Mitte September hatten die Kandidaten Moros, Tkatschenko, Martschuk und Olijnyk (die „Vier von Kanew“) ein Schreiben an die Parlamentarische Versammlung des Europarates wegen grober Verletzungen der Verfassung und des Wahlgesetzes gerichtet und baten, Vertreter des Monitoring-Komitees zur Beobachtung des Wahlkampfs zu entsenden. Zwei Vertreter des Europarates stellten Anfang Oktober in ihrem Bericht fest, daß die Wahlkampagne in der Ukraine nicht fair und offen gewesen sei, die Kandidaten ungleiche Bedingungen hatten und die Exekutive die Medien beeinflusse.

Kurz nach der ersten Wahlrunde wurde eine vorläufige Erklärung der Beobachter der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verbreitet. Darin wurde v.a. die Rolle der Massenmedien kritisiert. Die OSZE-Mission bemängelte, daß sowohl in den staatlichen wie privaten Medien bestimmte Kandidaten bevorzugt wurden und andere kaum Möglichkeiten zur Selbstdarstellung hatten. Die Beobachtermissionen teilten mit, daß die Zentrale Wahlkommission 130 Beschwerden von Präsidentschaftskandidaten erhielt, in denen die Darstel-

lung der Wahlkampagne in den Medien kritisiert wurde.

Die Beobachtermission bemängelte ferner Einmischung von Offiziellen in die Wahlkampagne, womit Artikel 33.1 des Wahlgesetzes verletzt wurde. So agitierten z.B. die Chefs von acht Gebietsverwaltungen für den amtierenden Präsidenten. In Winniza verteilten Milizionäre Handzettel für Kutschma. Auch Postangestellte verteilten Materialien zur Unterstützung Kutschmas. Die ausländischen Wahlbeobachter rügten auch Versäumnisse bei der Aufklärung des Anschlags auf Frau Witrenko in Krywyj Rig, bei dem sie und einige ihrer Anhänger verletzt wurden. In sieben Oblasts wurde Präsidentschaftskandidaten der Zutritt zu Veranstaltungsräumen verwehrt.

Auch das unabhängige Wählerkomitee der Ukraine stellte am 31. Oktober eine Reihe von Verletzungen des Wahlgesetzes fest. Sein Vorsitzender Popow äußerte Zweifel an der rechtmäßigen Auszählung der Stimmen von 300 000 bis 500 000 Wählern, das wären ca. ein Prozent der Stimmen. Das Wählerkomitee hat weitere Verletzungen registriert: Einige Wahllokale wurden vor 8.00 Uhr geöffnet. In einigen Wahllokalen wurden Unterschriften für die Abhaltung eines Referendums über die Gründung eines Zweikammer-Parlaments gesammelt.

Das Wählerkomitee zählte die Wählerstimmen parallel mit der Zentralen Wahlkommission aus. Es gab jedoch keinen nennenswerten Unterschied zwischen den offiziellen Angaben der ZWK und den Ergebnissen des Wählerkomitees. Für das Gesamtergebnis wurden die obigen Vorfälle als nicht sehr erheblich bezeichnet. Insgesamt verlief die Wahl laut Wählerkomitee und ZWK im allgemeinen offen und unter Einhaltung des Wahlgesetzes.

Laut den ausländischen Wahlbeobachtern wurden in der zweiten Wahlrunde weitere Verstöße festgestellt. Vor allem betraf das Beamte, die weiterhin für Kutschma agitierten. Bei der Stichwahl wurden im Gebiet Lwiw den Wählern mehrere Stimmzettel pro Person ausgehändigt, so daß manche Wähler mehrmals votieren konnten. Ferner wählten in vielen Wahllokalen des Landes Militärs und Studenten gemeinsam in Anwesenheit ihrer Vorgesetzten. Die Angaben über die Wahlbeteiligung am Stichtag waren

■ Auch das unabhängige Wählerkomitee der Ukraine stellte am 31. Oktober eine Reihe von Verletzungen des Wahlgesetzes fest.

für einige ausländische Beobachter zweifelhaft. Es sei kaum möglich, daß eine Wahlbeteiligung von 99 Prozent erreicht wurde wie z.B. im Oblast Lwiw (Lemberg). Allerdings sei die Differenz zwischen den beiden Kandidaten so groß, daß dieser Umstand nicht sehr erheblich sei.

■ **Kutschma bleibt Präsident:
Ergebnisse der Wahl vom 31. Oktober
und der Stichwahl vom 14. November**

■ Die erste Wahlrunde am 31. Oktober fand in ruhiger Atmosphäre statt. An ihr beteiligten sich 26 305 198 Wähler, damit lag die Wahlbeteiligung bei 70,15 Prozent. Eindeutiger Sieger war mit 36,49 Prozent der abgegebenen Stimmen der amtierende Präsident Leonid Kutschma. Ihm folgte mit 22,24 Prozent der Kommunistenchef Petro Symonenko.

Die erste Wahlrunde am 31. Oktober fand in ruhiger Atmosphäre statt. An ihr beteiligten sich 26 305 198 Wähler, damit lag die Wahlbeteiligung bei 70,15 Prozent. Eindeutiger Sieger war mit 36,49 Prozent der abgegebenen Stimmen der amtierende Präsident Leonid Kutschma. Ihm folgte mit 22,24 Prozent der Kommunistenchef Petro Symonenko. Sie waren damit die Kandidaten für die Stichwahl am 14. November. Laut Angaben der Stiftung Demokratische Initiativen wurde Kutschma beim ersten Wahlgang vor allem in den westlichen (57 Prozent) und zentralen (42 Prozent) Regionen gewählt. Symonenko erhielt dagegen mehr Stimmen im Süden (34 Prozent) und Osten (36 Prozent) der Ukraine. Für ihn stimmten vor allem Sowjetnostalgiker und sozial nicht abgesicherte Bevölkerungsschichten wie Rentner und ältere Arbeitslose.

Wie kaum anders zu erwarten, entschied der amtierende Präsident Kutschma die Stichwahl am 14. November gegen den Kommunistenchef Symonenko für sich – mit einem bequemen Stimmenvorsprung von 19 Prozent.

Das am 19. November von der ZWK verkündete Wahlergebnis lautet:

Kutschma	–	56,21 Prozent
Symonenko	–	37,77 Prozent
gegen beide	–	3,47 Prozent
ungültige Stimmen	–	2,55 Prozent

Kutschma wurde insbesondere in den westlichen Regionen gewählt, in welchen stellenweise über 92 Prozent der Wahlberechtigten für ihn votierten. Symonenko, wie gesagt, erhielt mehr Stimmen in den östlichen und südlichen Regionen (z.B. im Oblast Winniza ca. 60 Prozent).

		% der Wähler
Leonid Kutschma	Präsident der Ukraine	36,49
Petro Symonenko	MP, 1. Sekr. des ZK der Kommunistischen Partei	22,24
Olexandr Moros	MP, Vors. der Soziali- stischen Partei der Ukraine	11,29
Natalija Witrenko	MP, Vors. der Progressiven sozialistischen Partei	10,97
Jewhen Martschuk	MP, früherer Premierminister der Ukraine	8,13
Juri Kostenko	MP, Vors. der Fraktion von Rukh-2, fr. Umweltminister	2,17
Hennadij Udowenko	MP, Vors. von Rukh, fr. Außenminister	1,22
Wassyl Onopenko	MP, Vors. der Ukr. Sozial- demokratischen Partei	0,47
Olexandr Rshawskij	MP, Vors. der politischen Vereinigung „Eine Familie“	0,37
Jurij Karmasin	MP, Vors. der Partei der Verteidiger des Vaterlands	0,35
Vitalij Kononow	MP, Vors. der Partei der Grünen der Ukraine	0,29
Olexandr Basyljuk	Vorsitzender der Slawischen Partei	0,14
Nikolaj Haber	MP, Vors. der Patrio- tischen Partei der Ukraine	0,12

1,81 Prozent der Wähler haben sich gegen alle Kandidaten entschieden.

Ein langer, stellenweise furioser und unfairen Wahlkampf, der vor sechs Monaten mit zunächst 18, später 15 Kandidaten begann, fand damit einen etwas flauen Abschluß. Erstaunlich war die hohe Wahlbeteiligung von 73,8 Prozent, die noch vier Prozent über derjenigen vom ersten Wahlgang am 31. Oktober lag. Die Zentrale Wahlkommission konnte in ukrainischer Rekordzeit bereits sieben Stunden nach Schließung der Wahllokale am Montag morgen die vorläufigen Resultate vorlegen.

Kutschmas Ergebnis lag noch über demjenigen der Stichwahl von 1994, als er 52,2 Prozent erhalten hatte. Wie schon beim ersten Wahlgang lag die höchste Wahlbeteiligung wie immer in den westlichen Oblasts der Ukraine, in welchen stellenweise 97 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne schritten. Erste Kommentare aus den Medien und von Wahlanalytikern hoben die Bestätigung der Wähler für Kutschmas Europa- und marktorientierten Kurs hervor. Die Wähler hätten für die Zukunft und für den Wandel votiert und damit endgültig Abschied von der kommunistischen Vergangenheit genommen.

■ Kutschmas Ergebnis lag noch über demjenigen der Stichwahl von 1994, als er 52,2 Prozent erhalten hatte.

■ **Einen besonderen Erfolg für Kutschma stellt die hohe Wahlbeteiligung der Jugendlichen dar, die sich in Universitätsstädten mit bis zu 85 Prozent beteiligten.**

Einen besonderen Erfolg für Kutschma stellt die hohe Wahlbeteiligung der Jugendlichen dar, die sich in Universitätsstädten mit bis zu 85 Prozent beteiligten. Zum ersten Mal war auch die traditionelle Ost-West-Kluft (politisch „Links-Rechts“) nicht mehr das herausragende Kennzeichen der Wählerorientierung. Kutschmas Wahlkampforganisator Tabatschnyk wagte die Prognose, daß angesichts der mehrheitlich älteren Wähler der Kommunisten deren Potential bei der nächsten Präsidentenwahl um 30 Prozent schwinden werde.

Ein weiterer Erfolg für Kutschma ist sein überraschender Sieg in der mehrheitlich von ethnischen Russen besiedelten „Stadt der Schwarzmeerflotte“ Sewastopol. Laut Kutschmas Pressesprecher Martynenko ist dies ein deutliches Signal in Richtung Rußland, womit er auf die dortigen politischen und ökonomischen Turbulenzen hinwies. Kutschma erklärte noch am Wahltag die Schaffung einer Sicherheitszone rund um die Ukraine sowie die Klärung aller schwierigen Fragen mit den Nachbarn als seinen bisherigen Haupterfolg.

Die Wahlkämpfer Kutschmas hatten die kurze Zeit zwischen den beiden Wahlterminen zur Stilisierung eines Showdown zwischen dem „Reformer“ Kutschma und dem die Wiedererrichtung der Sowjetunion anstrebenden orthodoxen Kommunisten Symonenko genutzt. Dieses Szenario erinnert an die Wahlkampfstrategie Jelzins im Jahre 1996 und funktionierte offenbar auch in der Ukraine. Auch die Berufung des früheren Sicherheitschefs, Ex-Premiers und Konkurrenten in der Wahlkampagne Martschuk zum Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit am 10. November erinnerte an die Ernennung General Lebeds durch Jelzin, dem ebenfalls der Bereich innere Sicherheit und Bekämpfung der organisierten Kriminalität übertragen wurde.

Symonenko scheiterte, obwohl er von sechs weiteren Ex-Kandidaten, wie dem Sozialistenchef Moros und dem Parlamentspräsidenten Tkatschenko, sowie überwiegend von der älteren Bevölkerung unterstützt wurde.

Die einzige Gefahr für Kutschma wäre eine niedrige Wahlbeteiligung gewesen. Um dem vorzubeugen, liefen auf allen Fernsehkanälen Programme, in denen Sport- und Popstars die Öffentlichkeit zum

Wahlgang aufriefen. Lautsprecheranlagen in der Stadt mahnten die Wahlberechtigten, ihr verfassungsmäßiges Recht auf Stimmabgabe wahrzunehmen. Auch antikommunistische Sendungen in den mehrheitlich regierungsnahen Medien zeigten Wirkung. So liefen im Fernsehen sonst wenig gezeigte Dokumentationen über die von Stalin inszenierte Hungerkampagne gegen die Ukraine während der Kulakenverfolgung. Mehrheitlich wird der Sieg Kutschmas als Entscheidung gegen den Kommunismus gedeutet, weniger als Wunsch der Wähler, ihn für eine zweite Amtsperiode zu bestätigen.

■ **Wie wird es unter Kutschma weitergehen?**

Da der Präsident in der Wahlkampagne immer wieder betont hatte, daß er im Falle seiner Wiederwahl intensivere Reformen angehen und dabei auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken werde, wird man ihn an diesen Versprechen messen. Erster Punkt auf der Agenda ist die Ernennung eines neuen Premiers und Kabinetts. In Frage kommen der Chef des Sicherheitsdienstes Derkatsch, der Erste Vizepremier Kinach, der stv. Parlamentspräsident Medwedtschuk, die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Timoschenko, und der bisherige Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Horbulin. Sollte Derkatsch zum neuen Premier ernannt werden, ergäbe sich wiederum eine Parallele zu Rußland (mit einem wiedergewählten Jelzin als Präsident und dem früheren KGB-Chef Putin als Premier).

Im Parlament wird Medwedtschuk als aussichtsreicher Kandidat genannt, der auch Ambitionen auf das Präsidentenamt (bei der nächsten Wahl 2004) haben soll. Aber auch der gegenwärtige Premier Pustowojtenko scheint noch Chancen zu haben, zumal Kutschma das Kabinett angesichts der gegenwärtigen Währungsprobleme, eines möglichen Engpasses bei der Öl- und Gasversorgung in der Winterperiode und des Konflikts um den zum Jahresende zu verabschiedenden Haushalt im Moment wohl nicht gänzlich umbauen wird. Da das Parlament alle Kabinettsänderungen bestätigen muß, könnte sich Pustowojtenko erneut als der annehmbarste Kompromißkandidat erweisen.

■ **Da der Pr sident in der Wahlkampagne immer wieder betont hatte, daß er im Falle seiner Wiederwahl intensivere Reformen angehen und dabei auch vor unpopul ren Maßnahmen nicht zur ckschrecken werde, wird man ihn an diesen Versprechen messen.**

Kutschma hat ferner angekündigt, daß er eine parlamentarische Mehrheit als Basis einer künftigen Koalitionsregierung anstrebt. In der gegenwärtigen Werchowna Rada ist keine konstruktive Mehrheit für die Formierung einer derartigen Regierung abzusehen. Kutschma hat deswegen die Idee eines Zweikammerparlaments forciert, wobei er die obere Kammer mit ihm gegenüber loyalen Chefs der Regionalverwaltungen besetzen will.

Der Präsident wird weiterhin mit dem IWF zusammenarbeiten, dessen neue Kredittranche von 2,2 Milliarden Dollar im September zunächst suspendiert wurde. Der IWF besteht vor allem auf Verwaltungsreformen und Anhebung der Kommunalgebühren auf Kostendeckung.

Die Stabilisierung der Griwna wird ein Hauptproblem darstellen, da der Wahlkampf außerordentliche Kosten verursacht hat. Viel Geld wurde aufgewendet, um die Griwna innerhalb des Währungskorridors zu halten und Gehalts- wie Pensionsrückstände auszugleichen, während alle ökonomischen Indikatoren weiterhin nach unten zeigen.

Eine baldige Konsolidierung der Wirtschaft und intensivere Reformen sind jedoch kaum zu erwarten, da der alte – und neue – Präsident zumindest bis Januar mit dem Auswechseln von Personen und der Belohnung der ihm während der Wahlkampagne zuarbeitenden Politiker zu tun haben wird. Nachdem er bereits fünf Jahre Zeit für Reformen gehabt hat, ist es wenig wahrscheinlich, daß er die bisherigen Versäumnisse in nur wenigen Monaten wird aufholen können.

Das Manuskript wurde am 23. November 1999 abgeschlossen.